

## STADTREDAKTION HEIDELBERG

So erreichen Sie uns:  
Tel.: 0 62 21 - 519 56 00  
Fax: 0 62 21 - 519 956 00

E-Mail: stadtreddaktion@rnz.de

## „Anlaufobjekt der extremen Rechten“

SPD-Kandidat fordert Antworten von Innenminister Strobl

shy. Der Screenshot eines Instagram-Fotos, das auf der Seite der Akademischen Damenverbindung Regina Maria-Josepha zu Dresden erschienen war, bringt den ehemaligen Vorsitzenden der Burschenschaft Normannia, Egon Manz, weiter in Bedrängnis. Manz ist darauf in den Farben der Burschenschaft Salamandria Dresden zu sehen. Im Moment ist unklar, wann das Foto entstanden ist. Gegenüber der RNZ hatte Manz behauptet, er sei „seit mindestens sieben Jahren kein Mitglied der Salamandria mehr“. Allerdings existiert auf Youtube ein Video vom „Burschentag 2016“, das Manz ebenfalls in Salamandria-Farben zeigt. Laut Daniel Al-Kayal, Landtagskandidat der SPD Heidelberg, wird „die Burschenschaft Salamandria vom sächsischen Verfassungsschutz als Wohn- und Anlaufobjekt der extremen Rechten geführt“.

Al-Kayal hat sich im Zusammenhang mit dem Foto in einem offenen Brief an den baden-württembergischen Innenminister Thomas Strobl gewandt und fordert ihn darin auf, als Innenminister und oberster Dienstherr der Polizei und des Landesamts für Verfassungsschutz die Burschenschaften im deutschen Kooperationsverband Deutsche Burschenschaft (DB) sowie die mit der Normannia eng in Kontakt stehenden Burschenschaften vom Verfassungsschutz prüfen zu lassen. Weiter schreibt er: „Auch Ihre eigene Verbindung, die Alte Leipziger Landsmannschaft Afrania zu Heidelberg, war an dem Abend der antisemitisch motivierten Gewalttat auf dem Haus der Normannia eingeladen und anwesend. Als oberster Dienstherr der baden-württembergischen Sicherheitsbehörden erwarten wir von Ihnen hierzu eine Stellungnahme und den Austritt aus dem Altherrenverband der Burschenschaft, um die Situation mit der notwendigen Distanz beobachten zu können.“ Darüber hinaus fordert Al-Kayal eine transparente und vollständige Aufklärung der Vorfälle bei der Normannia sowie deren Verflechtungen mit den Sicherheitsbehörden im Land Baden-Württemberg.

Strobl ist überdies Landesvorsitzender CDU Baden-Württemberg. In dieser Eigenschaft fordert Al-Kayal ihn dazu auf, Stellung zum CDU-Kreisvorstandsmitglied und Mannheimer CDU-Vize Egon Manz zu beziehen. Manz hatte erst seinen Austritt aus der Normannia bekundet, nachdem die RNZ ihm nachgewiesen hatte, dass er bereits vor über einem Jahr von rechtsradikalen Umtrieben im Normannehaus wusste und Hinweisen nicht nachgegangen war.

## Corona-Inzidenz sinkt leicht

Verwaltung bereitet dennoch Sperrstunde vor

dns. Heidelberg ist auch weiterhin kein Corona-Risikogebiet. Am Mittwoch teilte das zuständige Gesundheitsamt des Rhein-Neckar-Kreises mit, dass die Sieben-Tages-Inzidenz für das Stadtgebiet bei 45,0 liege. Damit sind die Infektionen pro 100 000 Einwohner innerhalb einer Woche sogar leicht gesunken: Am Montag und Dienstag lag der Wert bei 48,1 – am Sonntag sogar über 50.

Entsprechend verzichtete der städtische Krisenstab am Mittwoch darauf, schärfere Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Nach Vorgaben von Bund und Ländern müssen Städte und Regionen mit einer Inzidenz über 50 eine Sperrstunde für die Gastronomie ab 23 Uhr sowie ein nächtliches Alkoholverkaufsverbot beschließen. Beide Maßnahmen bereite die Stadt auch bereits vor, um sie umsetzen zu können, sobald der kritische Wert mehrere Tage hintereinander überschritten wird – womit Stadtsprecher Achim Fischer in den nächsten Wochen rechnet: „Wenn wir uns die Entwicklung im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg anschauen, müssen wir ganz klar davon ausgehen, dass auch hier die Zahlen steigen werden“.

Während die Inzidenz zwar gesunken ist, ist die Zahl der aktiven Fälle gestiegen: Am Mittwoch meldete das Gesundheitsamt 84 Infizierte in Heidelberg, am Vortrag waren es 79. Das Landesgesundheitsamt, das zum Teil anders zählt, meldete am Mittwoch eine Inzidenz von 39.

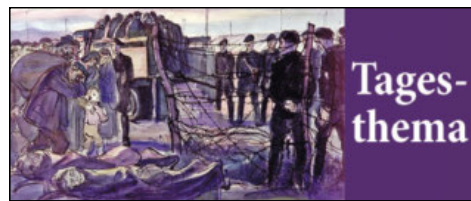


An die Deportation vieler badischer Juden nach Gurs wird in Heidelberg seit 2014 mit diesem Mahnmal in der Schwanenteichanlage gedacht. Es befindet sich an der Stelle, wo 1940 der Zug zu dem französischen Lager abfuhr. Foto: Philipp Rothe

# Wie der Nazi-Terror auch in Heidelberg eskalierte

Von der Pogromnacht 1938 bis zur Deportation nach Gurs im Oktober 1940 – Ein Gastbeitrag von Norbert Giovannini

Für 299 Heidelbergerinnen und Heidelberger begann am 22. Oktober 1940 ein Martyrium, das für zwei Drittel von ihnen im Lager Gurs, in Auschwitz und anderen Tötungslagern endete. Seit 1933 waren Juden und andere Verfolgte permanentem Terror ausgesetzt, einer Gewaltspirale, deren Höhepunkt das infam inszenierte Pogrom der „Kristallnacht“ im November 1938 war. Nach die-



Tagesthema

sem Gewaltexzess eskalierte der Terror bis 1940 und weiter bis Kriegsende durch Deportation und eiskalte Verwaltungsmaßnahmen. Mit Perfidie bemächtigte sich Staat, NS-Partei und zahllose Nutznießer des Vermögens, der Lebensgrundlagen und schließlich der reinen Existenz der jüdischen Menschen. Dem sah die jüdische Bevölkerung nicht tatenlos zu: Mit enormen Anstrengungen wurden Flucht, Ausreise und Hilfen organisiert sowie der Isolation und Verarmung vor Ort entgegengewirkt.

\*\*\*

Zunächst wurden „die Juden“ durch eine „Judenbuße“ gezwungen, die Schäden der Pogromnacht zu bezahlen. Die „Reichsvermögensabgabe“ erbrachte 1939 über eine Milliarde Reichsmark. In Heidelberg zahlte die jüdische Gemeinde das Wegräumen der Synagogentrümmer in der Lauerstraße. Im Frühjahr und Sommer 1939 mussten Schmuck, Silber und Gold, sowie Uhren, Ringe und Besteck im städtischen Leihamt abgegeben werden. Eine dreiste Raubaktion, von der nur Ehering ausgekommen waren. Die Gegenstände wurden an Heidelberger Goldschmiede und Juweliere versteigert. Nach dem Krieg war nichts mehr davon vorhanden.

Es folgte der Griff nach jeder Art von Geldvermögen, das auf Sperrkonten fest-

gefroren wurde. Wertpapiere wurden eingezogen oder mit extremen Steuern belegt. Die prekäre Lage von Geschäften und Betrieben wurde im Zuge der „Arisierungen“ genutzt, den Zwangsverkauf von Wohnungen, Gewerberäumen und Firmen zu beschleunigen. Geschädigt durch Käuferboykotte und dringend auf Geldmittel zur Flucht angewiesen, liquidierten jüdische Inhaber ihre Betriebe, verkauften Immobilien unter extremem Wertverlust, allein 1938 in Heidelberg 49 Geschäfte und Betriebe. Ab Dezember 1938 folgten die letzten Geschäfte, wie die florierende Tabakfabrik Hochherr, das Modegeschäft Maxelo in der Hauptstraße und Bäcker Seligmann in der Plöck.

Geradezu obszön gestaltete sich der Verlauf, wenn die neuen Besitzer versuchten, den Preis zu drücken. So im Fall zweier Grundstücke am Wilhelmsplatz, die plötzlich weniger wert sein sollten, weil das Gerälut der Bonifatiuskirche, HJ-Aufmarsche und der Wochenmarkt Lärm verursachten.

Bei Flucht und Ausreise kassierte der Fiskus erbarmungslos durch die Reichs-



Lehrer Hermann Durlacher 1929 mit den Söhnen Walter (l.) und Ludwig. Der Vater wurde in Auschwitz ermordet, die Söhne kamen 1939 mit Kindertransporten nach Großbritannien.

fluchtsteuer und Devisenabgabe. Selbst Kleinigkeiten wie eine zweite Garnitur Bettwäsche, die Hildegard Basnitzki in die Schweiz mitnehmen wollte, musste gesondert bezahlt werden.

1939 versuchten jüdische Eltern verzweifelt, ihre Kinder mit Kindertransporten nach England zu schaffen. Bei 37 Heidelberger Kindern gelang es, verbunden mit der schmerzhaften und meist endgültigen Trennung von ihren Eltern. Ein Foto und ein Spielzeug durften sie mitnehmen, sonst nichts. Unter ihnen waren auch die Söhne von Lehrer Hermann Durlacher und seiner Frau Martha. Durlacher hatte nach seiner Haft in Dachau den Unterricht der jüdischen Kinder in der Bunsenstraße fortgesetzt, bis wenige Tage vor der Deportation, bei der er und seine Frau mitsamt 13 seiner Schüler verschleppt wurden, acht von ihnen mit den Eltern. 1942 wurden die Durlachers nach Auschwitz deportiert, ebenso sieben der Schüler. 16 von Durlachers Schülern wurden 1939 durch die Kindertransporte nach England gerettet.

Dramatisch änderte sich die Wohnlage: Jüdischen Mietern wurde ohne Begründung gekündigt, von der Stadt wurden sie in „Judenhäusern“ zusammengepfertcht. In der Landfriedstraße 12, der Häusserstraße 4, der Bunsenstraße 19a und weiteren 13 Häusern sammelten sich verzweifelte Menschen, unter totaler Kontrolle der Gestapo. Zugleich boten die Häuser ihren 274 Bewohnern Schutz, Solidarität und Alltagshilfe. 183 von ihnen wurden aus den Häusern 1940 und danach deportiert. Mit Hingabe half der jüdische Gemeindevorstand unter Sally Goldscheider wo immer möglich; gemeindeeigene Vereine hielten Ausbildung, kulturelles und sportliches, soziales Miteinander aufrecht.

In den letzten Jahren wurde immer mehr zu Hilfsnetzwerken und Einzelhilfen nichtjüdischer Heidelberger recherchiert. Frieda Müller in Ziegelhausen, die die Familie Herzberg unterbrachte, das Ehepaar Winteroll, das den Mannheimer Cahn-Garnier beherbergte, Emil Henk, bei dem Gertrud Jaspers unterkam. Dazu natürlich der unermüdete Pfarrer Hermann Maas und sein Unterstützerkreis, die Ärztin Ma-

## HINTERGRUND

> **Das Mahnmal** am Schwanenteich erinnert an die Deportation der Juden und wurde 2014 eingeweiht.

> **Es steht dort**, weil sich bis 1955 neben der Kurfürstenanlage, wo heute ein kleiner Park ist, Gleise befanden. Neben der Stadtbücherei stand damals der Heidelberger Bahnhof.

> **Der Würfel** ist als Mahnmal für Hunderte jüdische Bürger Heidelbergs gedacht, die fast genau von dieser Stelle aus, dem ehemaligen Gleis 1a, 1940 in ein Lager nach Gurs deportiert worden sind.

> **Anna-Sophie Weßling** hat das Mahnmal im Rahmen eines Schulprojekts an der Elisabeth-von-Thadden-Schule entworfen. Damals war sie 15 Jahre alt.

> **Die Idee:** „Die Schienen führen gegen die Wand, weil es für viele das Ende war“, erklärte Weßling bei der Einweihung. Oben auf dem Würfel befinden sich noch weitere Schienen, sie „sollen zeigen, dass die Öffentlichkeit es nicht mitbekam oder nicht mitbekommen wollte“.

> **Grégory Boiteux**, ein Heidelberger Steinmetz, hatte seinerzeit Weßlings Vorstellung umgesetzt.

rie Clauss und die Sozialarbeiterin Therese Wiesert, die beide nun im Hospital-Gelände in Rohrbach durch Straßennamen gewürdigt werden sollen.

Im Oktober 1940 wurden 299 Menschen aus Heidelberg deportiert, etwa 70 überlebten Gurs und andere Lager, 54 konnten aus Gurs emigrieren, 40 davon in die USA. Bis 1945 gab es weitere sechs Deportationen nach Riga, Izbica, Auschwitz und Theresienstadt. Mit Akribie wurden die Listen der noch vor Ort Wohnenden „abgearbeitet“, zuletzt auch die jüdischen Partner aus „Mischehen“. 15 der Deportierten kehrten ab 1945 nach Heidelberg zurück, darunter die langjährige Vorsitzende der Nachkriegsgemeinde Rositta Oppenheimer und der Altstadttiquar Albert Carlebach. Daten und Zahlen können allerdings kaum das Leid, die Verzweiflung und die alles beherrschende Furcht mitteilen, die das Leben in diesen Jahren bestimmten.

In größter Verzweiflung nahmen sich 16 Heidelbergerinnen und Heidelberger, darunter Leontine Goldschmidt und die Lehrerin Erika Pringsauf, das Leben. In dem Buch „Stille Helfer“ wird auch an Arthur Strauss, Rechtsanwalt und in „Mischehe“ verheiratet, erinnert, der bis 1945 als Kontaktmann zwischen NS- und Stadtbehörden und den jüdischen Einwohnern beschäftigt wurde. Ein Tröster, ein Helfer, selbst schwer belastet, mit seiner Frau inhaftiert, Überbringer schlimmer Botschaften. Nach 1945 hat er unermüdet Entschädigungsfälle vorangetrieben und die Portheim-Stiftung gerettet.

Dr. Norbert Giovannini,

72, recherchiert und forscht seit Jahrzehnten über die Geschichte Heidelbergs und besonders über das jüdische Leben in der Zeit des Nationalsozialismus. Jüngstes Projekt des ehemaligen Lehrers und Dozenten an der Pädagogischen Hochschule ist das Buch „Stille Helfer – Eine Spurensuche in Heidelberg 1933-1945“ (Kurpfälzischer Verlag, 2019).



Norbert Giovannini. Foto: hen

## Kein Personal für die Schul-IT

Personelle Engpässe: Neue Geräte erfordern neue Fachkräfte – Privatwirtschaft macht Konkurrenz

ani. Kurz nach den Sommerferien war es soweit: Die Stadt verteilte 2400 Tablets an Heidelberger Schulen – bezahlt mit Mitteln aus dem Digitalpakt von Bund und Ländern. 1,4 Millionen Euro kosteten die Geräte samt Zubehör. Und Heidelberg zählte zu den ersten Städten im Land, die Mittel aus dem Digitalpakt abgerufen haben, um bestmöglich vorbereitet zu sein auf einen etwaigen zweiten Lockdown.

Nun wollte Grünen-Stadträtin Anja Gernand in der Fragezeit im letzten Gemeinderat wissen, wer sich eigentlich um all die neuen Geräte kümmert und ob sich bereits personelle Engpässe bei der Schul-IT abzeichnen. Die Schul-IT ist es, welche die Geräte für schulische Zwecke aufbereitet, sich um die Wartung, Updates und sonstiges kümmert, sie also zentral administriert. Mehr Tablets in städtischer Hand bedeutet also für die Schul-IT: mehr Arbeit. „Kurzfristig wurden zur Betreuung der zusätzli-

chen 2400 Endgeräte drei zusätzliche Stellen ausgeschrieben“, erklärt die Verwaltung auf Gernands Frage. Nur: Offenbar konnten die Stellen noch nicht besetzt werden – weil es an qualifizierten Bewerbungen mangelt. Jedenfalls heißt es weiter in der Antwort der Verwaltung: „Personelle Engpässe aufgrund des Sofortausstattungsprogramms und der schwierigen Personalgewinnung im IT-Bereich sind vorhanden. Aktuell werden in den Heidelberger Schulen über 7000 Endgeräte (PCs, Laptops, Tablets) von der Schul-IT betreut.“ Da sich die Zahl der Endgeräte, die von der Schul-IT betreut werden müssen, so kurzfristig so massiv erhöht habe, müsse man ohnehin ein neues Konzept erarbeiten, wie die Geräte betreut werden könnten. Zumal derzeit vonseiten des Bundes und des Landes daran gearbeitet werde, weitere Förderprogramme für die Ausstattung mit digitalen Endgeräten an Schulen aufzulegen.

Auf RNZ-Anfrage erklärt eine Stadtsprecherin weiter: „Der zusätzliche kurzfristige Personalbedarf von drei Stellen im Bereich der Schul-IT ist Mitte September erneut ausgeschrieben worden, nachdem bei der ersten Ausschreibung nach den Vorstellungsgesprächen kein Vertragsverhältnis zustande kam.“ Für kommende Woche seien nun die Vorstellungsgespräche mit weiteren Bewerbungen terminiert.

„Insgesamt hatten sich in dieser Runde 45 Personen für einen Einsatz in der Schul-IT beworben, leider erfüllt aber der Großteil der Bewerberinnen und Bewerber nicht die geforderte Qualifikation“, heißt es aus dem Rathaus. Es sei aktuell sehr schwierig, im Bereich IT Fachkräfte zu gewinnen, die sich für eine Stelle bei der Stadt interessieren. Und das liege vor allem an der derzeit „sehr guten Arbeitsmarktsituation in der Privatwirtschaft für den IT-Bereich“.

## Heidelberger radelten fünf Mal um die Welt

RNZ. In 21 Tagen mehr als fünf Mal um die Welt: So weit sind alle Teilnehmer für Heidelberg im Wettbewerb „Stadtradeln“ insgesamt gefahren. In Zahlen waren es 213 533 Kilometer. Über 1300 Personen in 93 Teams trugen dazu bei. 18 764 Kilometer steuerten die Mitglieder des Teams der Stadtverwaltung bei. Es belegt damit hinter den St. Raphael-Schulen den zweiten Platz der Heidelberger Gruppen.

Die Gesamtauswertung und Platzierung der einzelnen Kommunen steht erst am 31. Oktober fest. Mit dem Umstieg auf das Rad konnten die Teilnehmer 31 Tonnen CO<sub>2</sub> in Heidelberg einsparen. Gleichzeitig hatten sie die Möglichkeit über eine Bürgerbeteiligungsplattform Schlaglöcher oder Hindernisse zu melden. Insgesamt erhielt die Stadt so 230 Benachrichtigungen. Außerdem schickte die Stadtradeln-App die Strecke anonymisiert an die Technische Uni Dresden für eine Datenauswertung, die derzeit noch läuft.